

Bundesaufnahmeprogramm: Lebensrettende Hilfe für gefährdete Afghanen

„Anlässlich des dritten Jahrestages der Taliban-Machtübernahme fordert das Deutsche Institut für Menschenrechte die Fortsetzung des Bundesaufnahmeprogramms für Afghanistan. Der Artikel beleuchtet die alarmierende Menschenrechtssituation und das Schicksal gefährdeter Afghaninnen und Afghanen, die Schutz und Unterstützung benötigen. Erfahren Sie, warum das Schutzversprechen nicht abbrechen darf und welche Rolle Deutschland dabei spielt.“

Bedeutung des Bundesaufnahmeprogramms für gefährdete Afghaninnen und Afghanen

In einem eindringlichen Appell hat das Deutsche Institut für Menschenrechte am dritten Jahrestag der Machtübernahme durch die Taliban in Afghanistan die Fortsetzung des Bundesaufnahmeprogramms für Afghanistan (BAP) gefordert. Diese Forderung ist besonders dringlich angesichts der dramatischen Zuspitzung der humanitären und menschenrechtlichen Situation im Land.

Ein Alarmruf für die globalen Menschenrechte

Seit der Machtübernahme der Taliban am 15. August 2021 hat sich die Lage in Afghanistan immer weiter verschlechtert. Nele

Allenberg, die Leiterin der Abteilung Menschenrechtspolitik Inland/Europa, beschreibt die Entwicklungen als alarmierend und hebt hervor, dass die systematischen Menschenrechtsverletzungen tiefgreifende Auswirkungen auf das Leben der Menschen haben. Insbesondere die Rechte von Frauen und Mädchen werden von den Taliban systematisch unterdrückt, was weltweit beispiellos ist.

Verfolgung von Schützlingen

Besonders gefährdet sind Menschenrechtsverteidiger, Journalisten und Kulturschaffende, die aufgrund ihrer früheren Aktivitäten und politischen Haltungen im Fokus der Taliban stehen. Viele dieser Akteurinnen und Akteure leben versteckt und in ständiger Angst vor Verhaftungen oder Schlimmerem. Allenberg betont, dass das Bundesaufnahmeprogramm eine entscheidende Rolle spielt, um diesen Menschen den notwendigen Schutz zu bieten.

Dringender Handlungsbedarf

Das Deutsche Institut für Menschenrechte fordert die Bundesregierung auf, auch im Jahr 2025 weiterhin finanzielle Mittel für das BAP bereitzustellen. Allenberg hebt hervor, dass die Unterstützung dieser gefährdeten Gruppen nicht nur ein rechtlicher Imperativ, sondern auch ein Zeichen für die Einhaltung der humanitären Verpflichtungen Deutschlands ist. „Das Schutzversprechen darf nicht abrupt enden“, so Allenberg, denn viele haben sich auf die Zusicherungen Deutschlands verlassen und waren bereit, alles zu riskieren, um in Sicherheit zu gelangen.

Ein klarer Appell an die Bundespolitik

Die Empfehlung des Instituts, die Finanzierung des Bundesaufnahmeprogramms aufrechtzuerhalten, ist nicht nur eine Frage der Rechtsstaatlichkeit, sondern auch der

moralischen Verantwortung. Die Bundesregierung sollte alle Anstrengungen unternehmen, um den gefährdeten Afghaninnen und Afghanen zu helfen und somit zu zeigen, dass Deutschland zu seinem Versprechen steht.

Details

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)